

Richtlinie der EU zur unternehmerischen Sorgfaltspflicht im Bereich Nachhaltigkeit (Corporate Sustainability Due Diligence Directive - CSDDD)

Bundesweit, September 2022 – Die Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) begrüßt, dass mit der Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD) eine EU-weit harmonisierte Regulierung von Wertschöpfungsketten auf den Weg gebracht wurde. Der vorliegende Kommissionsvorschlag muss jedoch deutlich geschärft werden, um zu einer robusten und ehrgeizigen Richtlinie zur Sorgfaltspflicht von Unternehmen im Bereich der Nachhaltigkeit zu werden.

Aus Sicht der Gemeinwohl-Ökonomie greift die CSDDD an folgenden Stellen zu kurz:

1. Die Sorgfaltspflicht im Bereich der Nachhaltigkeit sollte die gesamte Wertschöpfungskette (vor- und nachgelagerte Bereiche) auf risikobasierte und verhältnismäßige Weise abdecken.
2. Die Sorgfaltspflicht im Bereich der Nachhaltigkeit sollte sich auf alle Menschenrechts- und Umweltauswirkungen (einschließlich Klima) erstrecken, wie sie in den internationalen Abkommen, auf die sich der Richtlinienvorschlag bezieht, vorgesehen sind.
3. Die Sorgfaltspflicht für Nachhaltigkeit (und die Berichterstattung darüber) sollte auf alle Unternehmen ausgedehnt werden, die der Pflicht zur Finanzberichterstattung unterworfen sind.
4. Die Due-Diligence-Prüfung der Nachhaltigkeit sollte die Perspektive der Betroffenen aufgrund ihrer Betroffenheit und eine sinnvolle Konsultation der Stakeholder in allen Phasen der Due-Diligence-Prozesse berücksichtigen.
5. Die Unternehmensvorstände sollten verpflichtet werden, Nachhaltigkeitsrisiken und -auswirkungen in ihre Unternehmensstrategie, ihr Risikomanagement, ihre Kontroll- und Compliance-Systeme zu integrieren.
6. Die variable Vergütung von Vorstandsmitgliedern sollte an die Nachhaltigkeitsleistung des Unternehmens gekoppelt sein.
7. Die Beweislast muss beim Unternehmen liegen, um nachzuweisen, ob es vernünftig gehandelt hat oder nicht.

Das Modell der Gemeinwohl-Ökonomie als Standard nutzen

Die Gemeinwohl-Ökonomie legt mit ihrer Gemeinwohl-Bilanz ein konkretes Tool zur Erfassung unternehmerischen Mehrwerts vor. Eingebettet ist die Bilanz in die Gemeinwohl-Ökonomie, ein Modell, das das Gemeinwohl, d. h. das Wohlergehen der Menschen und die Achtung vor allem Leben, zu seinem obersten Ziel und Zweck erklärt und auf vier ethischen Säulen aufbaut: Menschenwürde, Solidarität und soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, Transparenz und Partizipation.

Bislang haben mehr als 1.000 Organisationen, vor allem Unternehmen, aber auch Schulen, Universitäten, Gemeinden und Städte, unsere Gemeinwohl-Bilanz als Mittel zur Änderung ihrer Geschäftspraktiken und zur Durchführung ihrer "nichtfinanziellen" Berichterstattung genutzt, auch um ihre Verpflichtungen im Rahmen der aktuellen Richtlinie zur nichtfinanziellen Berichterstattung nachzukommen.

Über die Gemeinwohl-Ökonomie

Die weltweit agierende Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung nahm 2010 in Wien ihren Ausgang und basiert auf den Ideen des österreichischen Publizisten Christian Felber. Die GWÖ versteht sich als Wegbereiterin für eine gesellschaftliche Veränderung in Richtung eines verantwortungsbewussten, kooperativen Miteinanders im Rahmen eines ethischen Wirtschaftens. Erfolg wird nicht primär an finanziellen Kennzahlen gemessen, sondern mit dem Gemeinwohl-Produkt für eine Volkswirtschaft, mit der Gemeinwohl-Bilanz für Unternehmen und mit der Gemeinwohl-Prüfung für Investitionen. Aktuell umfasst die GWÖ weltweit rund 11.000 Unterstützer*innen, 5.000 Aktive in 200 Regionalgruppen, etwa 800 bilanzierte Unternehmen und andere Organisationen, über 60 Gemeinden und Städte sowie 200 Hochschulen weltweit, die die Vision der Gemeinwohl-Ökonomie verbreiten, umsetzen und weiterentwickeln.

An der Universität Valencia wurde 2017 ein GWÖ-Lehrstuhl eingerichtet, in Österreich brachte die Genossenschaft für Gemeinwohl 2019 ein Gemeinwohlkonto auf den Markt, und im Herbst 2020 wurden im Kreis Höxter (DE) die drei ersten Städte gemeinwohlabilanziert. Seit Ende 2018 gibt es den Internationalen GWÖ-Verband mit Sitz in Hamburg. Der EU-Wirtschafts- und Sozialausschuss nahm 2015 eine eigeninitiierte Stellungnahme zur GWÖ mit 86 Prozent Stimmenmehrheit an und empfahl ihre Umsetzung in der EU.

Weitere Informationen unter: ecogood.org

Allgemeine Rückfragen zur Gemeinwohl-Ökonomie bitte an:

Fenja Petersen, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

+49 (0) 178 4583013

press-germany@ecogood.org